

Nach der Flutkatastrophe

Partnerorganisationen aus Aceh bitten PBI um Rückkehr ins Konfliktgebiet

Seite 4

PBI feiert

Zehnjährige Präsenz in Kolumbien. Wie alles begann und warum unser Einsatz wichtig ist wie nie zuvor.

Seite 7 - 9

Besuch aus Nepal

Der gefährliche Alltag eines Aktivisten für den Frieden.

Seite 10 - 11



Sabine Ziegler
Geschäftsführerin
PBI Schweiz

Arbeit in Krisengebieten – ob natürlich oder menschengemacht – erfordert Flexibilität. Ende 2004 hat PBI einmal mehr ihre diesbezüglichen Fähigkeiten unter Beweis gestellt:

Die Tage nach dem Tsunami bleiben PBI in fester Erinnerung. Wir bangten um das Team und die Partnerorganisationen im von der Ausenwelt abgeschnittenen Aceh. Das Wohlergehen der PBI-Freiwilligen konnte glücklicherweise umgehend sichergestellt werden. Doch leider müssen wir den Tod einiger langjähriger PartnerInnen betrauern.

PBI reagierte schnell auf die Folgen der Katastrophe. Mitte Januar reiste ein erstes Team zurück nach Banda Aceh, um die Bevölkerung mit Traumarbeit zu unterstützen. PBI konnte in der gegenwärtig instabilen Lage eine Schlüsselrolle spielen und neue Räume für den Frieden eröffnen.

Die erfolgreiche Jubiläumsfeier zur 10-jährigen PBI-Präsenz in Ko-

lumbien hat internationales Lob gebracht. Auch die EU-ParlamentarierInnen in Brüssel und Paris priesen unsere langjährige Leistung. Alle sind sich einig: das Projekt muss weiter bestehen!

Das neu formierte Nepal-Team kann bald mit Sicherheitsworkshops sein erstes offizielles Jahr im Land anpacken. So wird ein zweites asiatisches Projekt aus der Wiege gehoben. Anlässlich der diesjährigen Generalversammlung vom 30. April findet eine öffentliche Debatte zum Thema statt.

Ich wünsche Ihnen eine engagierte Lektüre!

Raum für Frieden schaffen

Peace Brigades International (PBI) leistet seit 1981 Friedenseinsätze und Menschenrechtsbeobachtung in Krisengebieten. Internationale Teams von Freiwilligen begleiten Personen und Gemeinschaften, die wegen ihres gewaltfreien Engagements für Gerechtigkeit und Frieden an Leib und Leben bedroht werden. Die internationale Präsenz ermöglicht ihnen die Weiterarbeit. Menschenrechtsverletzungen können nicht unbemerkt geschehen und werden verhütet.

Die gewaltabschreckende Wirkung der Schutzbegleitung wird verstärkt durch die Pflege eines umfangreichen Kontakt- und Beziehungsnetzes zu zivilen und militärischen Behörden, zu den Regierungen, zum diplomatischen Korps, zu internationalen und nationalen Institutionen und Organisationen. PBI bietet zur Zeit Schutzbegleitungen in vier Ländern: In Kolumbien, Mexiko, Guatemala und Indonesien. Ständig stehen etwa 70 Freiwillige im Einsatz, darunter mehrere Frauen und Männer aus der Schweiz.

Die Aktivitäten von PBI gründen auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit, Nichtparteilichkeit und Unabhängigkeit, sowie auf der Idee, dass die betroffene Bevölkerung ihre Konflikte selbständig gewaltfrei lösen kann, wenn ihr der dafür notwendige Raum zur Verfügung steht (Nichteinmischung). PBI wird nur auf Anfrage aktiv.



Titelfoto

PBI-Freiwillige des Kolumbienprojekts begleitet Familienangehörige der Opfer von Bellavista auf dem Weg zum Friedhof. Im Mai 2002 zündeten die FARC (Guerillas) in Auseinandersetzung mit den AUC (Paramilitärs) in Bojayá Chocó einen explosiven Sprengstoff, welcher eine Kirche zerstörte und 119 Todesopfer forderte. (Foto: PBI-Kolumbien)

peacebrigades.ch

Rundbrief von Peace Brigades International – PBI Schweiz – Nr. 1/05, März 2005

Erscheint dreimal jährlich. Nächste Ausgabe: Juli 2005. Redaktionsschluss: 1. Juni 2005

Redaktion: Sylviane Binz und Christa Dold

Mitarbeitende dieser Nummer: AutorInnen: Aline Andrey, Steve Baileys, Markus Bettler, Sylviane Binz, Christa Dold, Christian Etzensperger, Alexandre Gattiker, Katharina Gfeller, Anouk Henry, Nathalie Herren, Franz Kohler, Thomas Meier, Margret Powell-Joss, Sabine Ziegler ÜbersetzerInnen: Eveline Ammann, Christa Dold, Angela Graf, Tania Hörler, Ralph Stamm – Lektorat: Sven Fäh, Nina Neidhart

Gestaltung: Alessandro Rimoldi – Druck: CRIC Print, Fribourg – Auflage: 2'600 (deutsch)

PBI Schweiz, Rte des Arsenaux 22, Postfach 245, 1705 Fribourg,

Tel. 026 422 25 90, Fax 026 422 26 03, PCK 80-20957-8

info@peacebrigades.ch, Website: www.peacebrigades.ch

Inhalt

MEXIKO	3
INDONESIEN	4
GUATEMALA	5
KOLUMBIEN	6
FOKUS	7
SCHWEIZ	10
SERVICE/AGENDA	16

Peacebrigades.ch ist das deutschsprachige Publikationsorgan von Peace Brigades International Schweiz. Die Beiträge in peacebrigades.ch geben nicht unbedingt die Meinung von PBI oder der Redaktion wieder.

Ungerechte Militärjustiz in Guerrero: *Tlachinollan* setzt sich für indigene Frauen ein

Ein PBI Team arbeitet seit vier Jahren im mexikanischen Südstaat Guerrero. Von der Hauptstadt Chilpancingo aus werden fünf Menschenrechtsorganisationen mit deren Angestellten und KlientInnen begleitet. Eine davon ist Tlachinollan, ein Zentrum für Menschenrechte, das sich insbesondere für den Schutz und für die Wahrung der Rechte von Indigenen einsetzt.

Die gebirgige Region Montaña im Staat Guerrero beheimatet eine Vielzahl indigener Gruppen mit einer langen und traurigen Geschichte von Armut, Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen durch Regierung und Streitkräfte. Die 1990-er Jahre brachten Guerrero eine erhöhte Militärpräsenz. Diese Präsenz ging mit einem beunruhigenden Ausmass an Einschüchterungen, Erpressungen, Folterungen, extralegalen Tötungen und sexuellen Übergriffen auf die indigenen Bevölkerungsgruppen einher.



Die PBI-Freiwillige Hermine Diebolt aus Frankreich mit Rechtsbeiständen Rogelio und Claudia des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan* vor der Niederlassung in Ayutla.

Rechtshilfe für indigene Gemeinschaften

Seit 1994 arbeitet das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* (www.tlachinollan.org/) in der Region und bietet rechtliche Hilfe bei Menschenrechtsklagen, Workshops in Menschenrechtsbildung und politisches Training für indigene Gemeinschaften an. Insbesondere kümmert sich *Tlachinollan* um Fälle von Vergewaltigungen durch Militärs. Seit das Zentrum Menschenrechtsverletzungen in den Blickwinkel der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt, erhalten die Mitarbeitenden Drohungen. Als Schutzmassnahme nimmt *Tlachinollan* seit 2001 den Dienst von PBI in Anspruch.

Ungeklärt und ungestraft

Zurzeit engagiert sich *Tlachinollan* für zwei Frauen der Me' Phaa Gemeinschaft, die im 2002 angeblich durch Angehörige des in Guerrero stationierten mexikanischen Militärs vergewaltigt wurden. Die Soldaten bedrohten und überwältigten die 17-jährige Valentina Rosendo Cantu und die 27-jährige Ines Fernandez Ortega in ihren Häusern und vor den Augen ihrer Kinder. Obwohl

das mexikanische Gesetz in seiner Formulierung nicht ganz eindeutig ist, wird es von den Gerichten so ausgelegt, dass einzig und allein die Militärjustiz zuständig ist, wenn Verbrechen von Militärpersonen im Dienst begangen werden. Diese Praxis verhindert eine unparteiische Behandlung und führt zu praktisch vollständiger Straflosigkeit für Militärpersonen. Besonders tragisch sind die Fälle indigener Opfer von Vergewaltigungen. Deren Prozesse werden häufig «mangels Interesse der Geschädigten» eingestellt, da es für die Bewohnerinnen abgelegener Gebiete oft nicht möglich ist, persönlich in den Kasernen zu erscheinen, wie dies von ihnen verlangt wird.

Nachweisliche Unzulänglichkeiten wiesen auch die vom Militärministerium untersuchten Fälle von Ines und Valentina auf. *Tlachinollan* präsentierte diese schliesslich der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (www.cidh.org/) zur weiteren Bearbeitung, nachdem das Militär die Ermittlungen eingestellt hatte. Die zwei Frauen und jene, die sich für ihre Rechte einset-

zen, werden nach wie vor bedroht und eingeschüchert.

Moralische und politische Wirkung

Die Mitarbeitenden des Menschenrechtszentrums betonen gegenüber PBI immer wieder die Wichtigkeit der internationalen Präsenz. Diese bietet sowohl moralische Unterstützung als auch einen breiteren politischen Handlungsspielraum. «Verschwindenlassen», Folterungen und Bedrohungen sind Teil der Alltagsrealität der indigenen EinwohnerInnen Guerreros. Mit Hilfe von Organisationen wie *Tlachinollan* und der gleichzeitigen Unterstützung von PBI kann der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit weiter geführt werden.

Steve Baileys, Canada,
Freiwilliger Mexiko-Projekt
C. Dold

Anmerkung: Um der besonderen Verwundbarkeit indigener Gemeinschaften Rechnung zu tragen, legte das Mexiko Projekt für 2005 einen Schwerpunkt auf deren Schutz.

Nach dem Tsunami PBI prüft Rückkehr nach Aceh

Nach der Flutwelle vom 26. Dezember 2004 will PBI die internationalen humanitären Hilfsmassnahmen für die Opfer in der Provinz Aceh in zweifacher Art ergänzen und unterstützen. Ein Begleitschutz-Programm soll dem erhöhten Sicherheitsbedarf lokaler MenschenrechtsverteidigerInnen gerecht werden. Ein professionelles Trauma-Beratungsteam unterstützt die Opfer der Katastrophe.

PBI engagiert sich seit fast fünf Jahren in Aceh. Die Ausrufung des Kriegsrechts im Mai 2003 zwang PBI zum Rückzug nach Medan und später nach Jakarta und die daraus folgende, indirekte Betreuung lokaler PartnerInnen.

Die aktuelle Instabilität stellt ein erhöhtes Risiko für MenschenrechtsaktivistInnen dar. Die Unsicherheit über den Verbleib Tausender erleichtert das mutwillige «Verschwindenlassen» von visierten Personen aus der Menschenrechts- und Demokratiebewegung. PBI ist besorgt über den anhaltenden Kriegszustand. Sowohl das indonesische Militär, wie auch die Befreiungsbewegung GAM, könnten die momentane Situation zu ihrem Vorteil ausnutzen und Vormachtsbestrebungen in der Provinz durchsetzen. Anlass zur Beunruhigung gibt auch die mögliche Diskriminierung bei der Verteilung der humanitären



Foto: PBI/Indonesien, Aceh-Team

Nach der Flutwelle wird das Ausmass der Zerstörung sichtbar: ein Mitglied des PBI Aceh-Teams in Banda Aceh fotografierte für uns die Strasse zum Markt.

Hilfsgüter. PBI appelliert an alle internationalen Organisationen vor

Ort, nach den Regeln des «Do no harm» zu handeln, um im Chaos der vielen humanitären Bestrebungen eine Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Menschenrechtsaktivist vergiftet

Erst zehn Wochen nach Munirs Tod (vgl. *peacebrigades.ch* 3/04) erfuhren die Ehefrau Suciwati, die Öffentlichkeit und die Ermittlungsteams in Indonesien und Singapur, dass der Menschenrechtsverteidiger nicht auf natürliche Weise gestorben ist. Eine Überdosis Arsen führte zum plötzlichen Tod Munirs während eines Fluges von Indonesien nach Holland im September 2004.

Munir - Indonesiens prominenter Aktivist für Menschenrechte - verfolgte gegen Ende des Suharto Regimes 1998 Fälle von «Verschwindenlassen» und gründete Kontras, eine Kommission für Verschwundene und Opfer von Gewalt. In Folge seines Engagements erhielt er

immer wieder Todesdrohungen.

«Sei vorsichtig!!! Verbinde nicht das Indonesische Militär (TNI) mit dem Tod Munirs. Willst du so enden?» dies eine Drohung an die Ehefrau Suciwati, welche sie von Unbekannten am 20. November, zusammen mit einem verstümmelten Huhn, erhielt. PBI bot darauf Suciwati Schutzbegleitung an. Sie sah vorerst jedoch keinen Bedarf. Mittlerweile ist eine Kommission mit der Untersuchung von Munirs Tod beauftragt. Offen bleibt die Frage, weshalb die niederländischen Autopsieergebnisse so lange vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurden.

C. Dold

Zweifache Unterstützung

Die begleiteten Organisationen baten um eine Rückkehr von PBI in die Provinz. Während einem Monat beurteilt nun ein PBI-Team die Lage der begleiteten Organisationen vor Ort und prüft Möglichkeiten zur permanenten Rückkehr. Ein Fachteam für Trauma- und Trauerarbeit sorgt für die psychosoziale Unterstützung der Flutwellenopfer.

Christa Dold

Guatemala: quo vadis? Heikler Abzug der UN-Mission

Der Rückzug der Uno-Mission aus Guatemala wirft Fragen auf. Wie erfolgreich wurden die gestellten Aufgaben während der vergangenen Dekade erfüllt? Welche Herausforderungen warten in der «Zeit danach»? Regierung, Medien, NGOs und die offizielle UNO selbst sind sich bei der Beantwortung dieser Frage durchaus nicht einig.

Nach zehnjähriger Präsenz hat sich die Mission der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Menschenrechte in Guatemala (MINUGUA) definitiv aus dem Land zurückgezogen. Das Ereignis löste in Guatemala durchwegs gemischte Reaktionen aus. Je stärker sich die Akteure fühlen, desto leichter glauben sie, auf die ausländischen Beobachter verzichten zu können. Die UN-Mission war 1994 initiiert worden, um die Einhaltung einer Friedensvereinbarung zwischen Regierung und Guerilla zu überwachen. Die Unterschriften der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG) und der Regierung unter Álvaro Arzú bedeuteten damals das offizielle Ende von 36 Jahren Bürgerkrieg.

Die dominierenden konservativen Kräfte mussten die bittere Pille der UNO-Präsenz schlucken, um nach dem Ende des Kalten Krieges nicht von den internationalen Finanzströmen abgeschnitten zu werden. Die Unterzeichnung des komplexen Vertragswerkes, das weit über die sonst gebräuchlichen Klauseln zur Feuereinstellung, Entwaffnung und Wiedereingliederung der Guerillakämpfer hinausging, bedeutete für die Eliten eine schmerzhaft Preisgabe gewohnter Handlungsspielräume. Die MINUGUA war sich in der Folge bewusst, dass sie eher geduldet denn akzeptiert war. Entsprechend pflegte sie einen diskreten, diplomatischen Stil. Für die meisten MenschenrechtsvertreterInnen war die Anwesenheit der UNO gleichbedeutend mit der Garantie, dass der Buchstabe der Friedensverträge eingehalten würde. Allerdings erwiesen sich die in die UNO gesetzten Erwartungen als überzogen: Eine von 36 Jahren blutigem Konflikt zerrissene Gesellschaft lässt sich nicht



Foto: Jacqueline Hefti, PBI-Schweiz

Für viele GuatemalteKinnen hat sich seit den Friedensverträgen an ihrer Alltagsrealität nichts geändert. Hier die Wohnbedingungen in einer informellen Siedlung von Barranca.

mittels eines Vertragswerkes neu erfinden. Die Mittel der UNO sind beschränkt und ihre Möglichkeiten erschöpfen sich nur zu oft in gutem Zureden.

Diese Ambivalenz kommt in Kofi Annans offizieller, an die MINUGUA gerichtete Abschiedsrede zum Ausdruck: Annan preist einerseits die gute Zusammenarbeit zwischen der UNO und den diversen guatemaltekischen Stellen, weist aber prominent darauf hin, dass Guatemala in keiner Weise seiner Verpflichtung nachgekommen sei, die Opfer des Krieges zu entschädigen. Noch immer kämpfe die Zivilbevölkerung mit gravierenden Sicherheitsproblemen und grossen sozialen Ungleichheiten. Ethnische Diskriminierung bestehe leider weiter (Schlussbericht Minugua: www.nisgua.org/articles/minugua_Final_Report_Aug2004.htm).

Nachdem sich in derart zentralen Fragen auch unter zehnjähriger

UNO-Präsenz nichts bewegt hat, glaubt nun niemand mehr, dass sich die Gräben innerhalb der guatemaltekischen Gesellschaft bald schliessen und die Wunden des Bürgerkrieges rasch verheilen können.

Die NGOs hoffen darauf, dass künftig das Menschenrechts-Hochkommissariat der Vereinten Nationen (ACNUDH) die wichtigsten Aufgaben der MINUGUA übernehmen kann. Der guatemaltekische Kongress hat diesem Anliegen gegenüber lange die kalte Schulter gezeigt. Wenigstens formell haben «sus Señorías» nun eingelenkt. Doch weite Kreise im Parlament sind offenbar der Ansicht, sie hätten nach der langjähriger UNO-Präsenz in Sachen Menschenrechte erst mal eine Verschnaufpause verdient.

Christian Etzensperger, Zivildienstleistender PBI Schweiz
(Quelle: ¡Fijáte!, 1. Dez. 04)

Eine Berufung in Kolumbien: «Wir fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Genugtuung»

Daniel Prado, 40 Jahre alt, Menschenrechtsanwalt in Kolumbien, vertritt die Angehörigen «Verschwundener» für die kolumbianische Organisation ASFADDES. Er wird seit einigen Jahren von PBI begleitet.

Daniel Prado, wie sind Sie Anwalt im Dienste der Menschenrechte geworden?

Während meiner Kindheit fühlte ich mich von meinen Lehrern unterdrückt, da sich mein Vater im politischen Leben Kolumbiens engagierte. In Folge dessen entwickelte ich eine rebellische Haltung gegenüber Institutionen aller Art. Als militanter Anhänger der M-19 (politische Protestbewegung), die in meinen Augen die einzige Alternative zur Veränderung der Gesellschaft darstellte, tauchte ich in den Untergrund ab. Alsbald musste ich miterleben, wie mein bester Freund zum «Verschwinden» gebracht wurde. Von ASFADDES (Vereinigung der Angehörigen Verhafteter und Verschwundene) erhielt ich die nötige Unterstützung. Etwas später wurden mein Freund und einige andere Kameraden gefoltert und ermordet aufgefunden. Diese Erlebnisse haben mich enorm geprägt.

Zur Würdigung meiner verschwundenen Kameraden habe ich mir geschworen, mein Leben in den Dienst des Kampfes gegen jene Personen zu stellen, die Menschenrechte missachten. Ich drehte meinem Leben im Untergrund den Rücken zu und begann das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität, um mich künftig als Anwalt für politische Gefangene einzusetzen.

Seit wie vielen Jahren sind Sie in der Menschenrechtsarbeit tätig?

Seit 25 Jahren begleite ich Familien bei der Suche nach ihren Angehörigen. Im Jahre 1994 fanden zahl-

Lektüre

Das von ASFADDES publizierte Buch «*Colombia, veinte años de historia y lucha*» kann auf Seite 16 bestellt werden.



«Ich wusste, dass man mich im schlimmsten Fall hätte töten können.»

reiche Strafprozesse gegen ehemalige militante Anhänger der M-19 statt. In einem der Fälle die ich betreute, wurde der Direktor der DAS (Departement der Sicherheitsverwaltung des Präsidenten) zu fünfzig Jahren Gefängnis verurteilt. Ich wusste, dass mein Einsatz für diese Verurteilung nicht ungefährlich war und man mich im schlimmsten Fall auch hätte töten können.

Wie gehen Sie mit der täglichen Unsicherheit um?

Als ich mich vor 10 Jahren mit dem Risiko konfrontiert sah, ermordet zu werden, habe ich mir Gedanken zu meiner Angst gemacht. Ich verzichtete von da an auf das Recht, Angst zu haben, weil ich weder das Leben meiner Kinder, noch mein eigenes mit Angst verderben wollte. Wohlverstanden erhielt ich einige Androhungen, telefonische, wie auch physische... Beim Gedanken an die Möglichkeit, dass meine Kinder eines Tages ohne Vater an ihrer Seite auskommen müssen, überkommt mich heute ein grosses Leid. Diesen Preis muss man zahlen. Ausserdem fürchte ich das Risiko möglicher Vergeltungsanschläge gegen sie. Gegen mich ist dies wohl normal, das ist

meine Wahl, aber gegen sie...

Wie gehen Sie während der Behandlung eines Falles vor?

Ich versuche immer in erster Linie ein Freund und erst in zweiter Linie ein Anwalt zu sein. Ich versuche eine vertrauensvolle und solidarische Beziehung mit den Angehörigen der Verschwundenen aufzubauen. Denn diese müssen mit der ständigen Qual leben, einen Verwandten verloren zu haben. Der kolumbianische Staat hat die Pflicht, ihnen Auskunft über die Geschehnisse zu geben, der Staat muss die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen und die Familien finanziell entschädigen. Wir fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Genugtuung.

Welche Hoffnung haben Sie für Kolumbien?

Die Hoffnung, dass es immer Menschen geben wird, die sich gegen die Straflosigkeit und für die Träume für ein besseres Land einsetzen werden. Sobald wir die Hoffnung auf die Möglichkeit des Aufbaus eines würdevollen Landes für unsere Nachkommen aufgeben, sind wir bereits tot! Es ist besser, für etwas zu sterben, als für nichts zu leben.

Natalie Herren,
ehem. Freiwillige Kolumbien-Projekt

Zehn Jahre Präsenz in Kolumbien

Das Kolumbienprojekt konnte am 7. Oktober 2004 in Bogotá sein zehnjähriges Bestehen feiern. Zu diesem Anlass organisierte PBI ein Seminar zum Thema Menschenrechtsinstrumente. Im Anschluss fand eine Feier mit 450 Gästen statt. Bei dieser Gelegenheit sollten all jene geehrt werden, die ihre Arbeit trotz der hohen Gewaltpräsenz im Lande fortsetzen. Gleichzeitig wollte man sich an die wichtige Rolle der internationalen Gemeinschaft gegenüber der kolumbianischen Regierung erinnern.

«Ich bin mir mehr denn je bewusst, welche Rolle ihr spielt und welche Arbeit ihr in meinem Land leistet, in welchem der tägliche Horror die Fiktion übertrifft. Ich bin überzeugt, dass ich euch mein Leben und das meiner Familie verdanke.» Mit diesen Worten wandte sich Osiiris Gayter, ehemalige Präsidentin von CREDHOS (Regionales Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte), an PBI und an die Personen, die sich anlässlich des zehnjährigen Jubiläums versammelt hatten.

Mehr als 450 Personen nahmen an dieser Veranstaltung vom 7. Oktober 2004 in der Bibliothek Luis Angel Arango in Bogotá teil. Unter ihnen waren VertreterInnen der von PBI begleiteten Organisationen, MitarbeiterInnen internationaler Organisationen, Mitglieder der Regierung, des Diplomatenkorps, der UNO, ehemalige Freiwillige und verschiedene Geldgeber. Das zuvor stattfindende Seminar «Internationale Instrumente für den Schutz der Menschenrechte» versammelte rund 80 Personen, welche das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchteten und diskutierten.

Ein pessimistischer Bericht

Die Menschenrechtslage in Kolumbien hat sich in den letzten zehn Jahren verschärft. Drei Viertel der über 6'000 Personen, die jährlich getötet werden, sind Zivilpersonen. Die MenschenrechtsverteidigerInnen sind dabei eine speziell gefährdete Zielgruppe: laut *Amnesty International* (AI), sind in den letzten Jahren über 20 umgebracht worden, andere wurden entführt und wieder andere mussten ins Ausland fliehen.

Die aktuelle Regierung engagiert sich für die Erhöhung der nationalen Sicherheit und den Kampf gegen

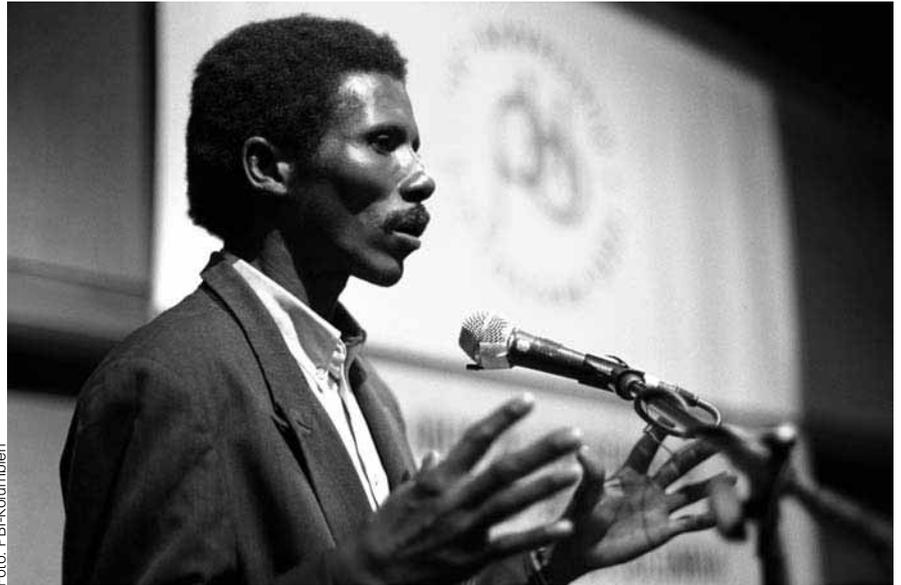


Foto: PBI/Kolumbien

Marcos Velásquez der Autonomen Friedensgemeinde CAVIDA bringt anlässlich der Feier zum 10-jährigen Bestehens des Kolumbienprojekts seine Dankbarkeit zum Ausdruck.

den Terrorismus. Die ergriffenen Massnahmen sind jedoch mit der Respektierung grundlegender Menschenrechte nicht in Einklang zu bringen, erklärte Hina Jilani, UN-Sonderbeauftragte für MenschenrechtsverteidigerInnen.

Leider neigen viele Regierungen dazu, die Menschenrechte als Hindernis für die nationale Sicherheit zu betrachten. Dabei kann die menschliche Sicherheit nur durch Respektierung dieser Rechte und der entsprechenden Gesetzgebung erreicht werden.

«Die Menschenrechte sind das Fundament der starken und verantwortungsbewussten Staaten, ohne sie kann es keine politische und wirtschaftliche Stabilität und keinen sozialen Aufbau geben» unterstrich Susan Lee, Verantwortliche für Lateinamerika bei AI.

PBI als respektierte Ansprechpartnerin

In diesem Klima von Gewalt und fast vollständiger Straflosigkeit wand-

ten sich vor zehn Jahren zwei Organisationen an PBI. Darauf boten zu Beginn eine Handvoll Freiwilliger Begleitschutz in Barrancabermeja an. Aufgrund der ständig wachsenden Anfragen wurde das Projekt bald vergrössert. Mittlerweile begleiten über 40 Freiwillige rund 15 Organisationen. Die Präsenz weitete sich auf die Städte Bogotá und Medellín sowie auf die Region Urabá aus. Zurzeit ist PBI die internationale Organisation in Kolumbien mit den meisten AusländerInnen im Einsatz. Sie ist zu einer respektierten und gefragten Ansprechpartnerin geworden, mit der man rechnen muss. Doch «diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung der Vereinten Nationen, der internationalen Entwicklungsorganisationen und der täglichen Zusammenarbeit mit MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedensgemeinden nicht möglich» präziserte Christine Weisse, Projektkoordinatorin in Kolumbien.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Die Menschenrechtsorganisationen erinnern den Staat fortlaufend an seine Aufgabe, ihnen einen realen und ernsthaften Schutz zu gewähren. Oder, so Hina Jilani: «auch wenn die Regierung eine klare Verpflichtung gegenüber der Erklärung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen eingegangen ist, muss sich diese Verpflichtung (...) durch die Schaffung von Mechanismen und Abmachungen konkretisieren, um den MenschenrechtsaktivistInnen die Fortführung ihrer Arbeit erlauben.»

«Leider zeigt die Regierung kein reelles Interesse, die täglichen Risiken der AktivistInnen und anderen sozialen AkteurInnen in Kolumbien zu mindern, eher im Gegenteil», ergänzt Susanne Lee. Die internationale Gemeinschaft muss folglich von der Regierung verlangen, dass sie die eingegangenen Verpflichtungen auch einhält. Sie soll sicher stellen, dass keine rückläufigen Massnahmen getroffen werden und die Straflosigkeit bekämpft wird. Die UN-Sonderbeauftragte für MenschenrechtsverteidigerInnen fügte hinzu, dass «die Präsenz von PBI in der Stadt Barrancabermeja sehr wichtig ist. Lokale Paramilitärs haben klar zu verstehen gegeben, dass nur die internationale Unterstützung der MenschenrechtsaktivistInnen verhindert hat, dass eine grössere Zahl von ihnen ermordet wurde».

Die Solidarität: Waffe der Wehrlosen

Verschiedene VertreterInnen der Organisationen, die von PBI begleitet werden, brachten ihren Dank für diese Jahre der bereichernden Zusammenarbeit und des Austauschs zum Ausdruck, während denen sich das Gute mit dem weniger Guten abwechselte und die Sorgen jeweils den Siegen Platz machten. Starke Bindungen - geprägt von Respekt und Bewunderung - wuchsen zwischen BegleiterInnen und



Foto: PBI-Kolumbien

PBI Schweiz wird an der 10-jährigen Jubiläumsfeier von der Freiwilligen Anouk Henry (rechts) vertreten.

Begleiteten. «Mit Menschen wie euch, die von ausserhalb kommen, die täglich mit uns leben, hat die Welt angefangen, uns zu gehören, in unseren Köpfen einen Platz zu finden. Länder wie Spanien, Frankreich, Brasilien (...) und viele andere Nationen sind keine sonderbaren Namen mehr, sie sind zu Gesichtern von Freunden und Freundinnen geworden», berichtete Marcos Velásquez, Aktivist von CAVIDA (Gemeinde für Selbstbestimmung, Leben und Würde) aus Cacarica.

Den verletzlichsten Volksgruppen, die wie viele andere ernsthaft vom Verschwindenlassen bedroht sind, sicherte die Präsenz von PBI Raum für ihre Arbeit und den Schutz ihrer Rechte.

Die Präsidentin des Anwaltskollektivs *José Alvear Restrepo*, Soraya Gutierrez Arguello, erklärte «die sowohl physische wie politische Präsenz von PBI erlaubt uns den Besuch von Opfern und Gemeinschaften in abgelegenen Regionen und die Veröffentlichung und Anprangerung der schwerwiegenden Verhältnisse, in denen sie sich befinden».

Doch die Arbeit von PBI ist nicht ohne Risiko, wie Elkin Ramirez, *Corporación Jurídica Libertad* (Anwalts-

kollektiv für Frieden) feststellte. Die Organisation wurde Opfer von Angriffen, namentlich als Präsident Uribe am 27. Mai 2004 die NGOs beschuldigte, ein Hindernis für die nationale Justiz darzustellen. «Trotzdem hielten sie an ihrem Ziel fest, für uns eine Stütze zu sein. Wir sind sicher, sie haben verstanden, dass die Solidarität die Waffe der Wehrlosen ist». Und Soraya Gutierrez fügte hinzu: «dank euch (...) verstehen wir die Begleitung in einem weiteren Sinn, nicht nur als Teilnahme an einer Handlung, sondern auch an unseren Gefühlen (...). Ihr habt unsere Träume und Hoffnungen gegen das Schweigen und die Isolation verteidigt, in die uns die Todeshändler zwingen möchten.»

Sylviane Binz

Eine Sonderausgabe des *Enfoque Colombiano* zum 10-jährigen Jubiläum kann auf Seite 16 bestellt werden.

Frauen – die ersten Opfer des Krieges in Kolumbien

Jackeline Rojas ist Koordinatorin der Frauenrechtsorganisation *Organización Femenina Popular (OFP)*. Sie wird regelmässig von PBI-Freiwilligen begleitet. Im letzten November besuchte die kämpferische Kolumbianerin im Rahmen der aktuellen Kampagne «Stoppt Gewalt gegen Frauen» von *Amnesty International (AI)* die Schweiz und hielt verschiedene Vorträge. Aline Audrey, Journalistin der Zeitung *24heures* war dabei.

«Nach zwanzig Jahren Krieg sind wir es leid, unsere ermordeten Lieben zu beweinen, unsere Söhne für den Krieg gross zu ziehen und vergewaltigt zu werden. Uns Frauen fällt jedoch eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der sozialen Beziehungen zu.» dies die Worte von Jackeline Rojas. Die 36-jährige Kolumbianerin, Mutter von zwei Kindern, engagiert sich mit gewaltfreien Mitteln in der Frauenrechtsorganisation OFP.

Frauen als Opfer politischer und häuslicher Gewalt

Jackeline Rojas begann ihr Engagement für die OFP im Alter von 18 Jahren in ihrer Heimatstadt Barran-

cabermeja. Die Organisation formierte sich in den 60-ern. Unter dem Einfluss katholischer Gruppen gegründet, distanzierte sie sich aber seither mehr und mehr von der Kirche. Seit dem Jahr 2000 ist sie vorwiegend auf nationaler Ebene aktiv.

Gleichzeitig wandelte sich der Krieg zu einem strukturellen Konflikt, unter dem nunmehr die gesamte Bevölkerung leidet, die Frauen im Speziellen. «In Kriegszeiten sind sie die ersten Opfer. Nicht nur der Tod, auch Vergewaltigung, Folter, Verstümmelung von Genitalien und anderen Körperteilen gehören zum Los der Frauen. Sie werden zu Trophäen der am Krieg beteiligten Gruppen: der Guerilla und der Armee zusammen mit ihrer rechten Hand, den Paramilitärs» erzählt Jackeline Rojas.

Parallel dazu nimmt in Kriegszeiten auch die häusliche Gewalt zu. «Waffen werden auf den Kopf gerichtet, in den Mund oder in die Vagina der Frau gesteckt. Waffen werden so selbst im Schosse der Familie zum Inbild des Schreckens» führt Jackeline Rojas weiter aus. Neben juristischer Unterstützung bietet die OFP in Notfällen auch einige Tage Unterschlupf für bedrohte Frauen. Der politische Wille, häusliche Gewalt zu bekämpfen, erachtet Rojas als nahezu inexistent. Berichte von AI bestätigen diese Einschätzung.

«Wir sind der Feind»

Die Kämpferinnen von OFP führen ihren Einsatz für den Frieden und die Menschenrechte unter Lebensgefahr. Auch Jackeline Rojas

blieb nicht verschont. Vor einem Jahr ermordeten die Paramilitärs ihren Bruder. Zuvor waren bereits ihr Mann und ihr Vater den Guerillas zum Opfer gefallen. «Sobald du nicht auf ihrer Seite stehst, erklärt man dich zum Feind, der bekämpft wird. Dies gilt sowohl für die Guerilla wie auch für die Paramilitärs. Für die Regierung sind wir Terroristinnen» erklärt Jackeline Rojas. Sie kann ihr Haus nicht mehr alleine verlassen, es wurde zu ihrem eigenen Gefängnis. Deshalb bietet PBI ihr regelmässigen Begleitschutz. Ihre Angst teilt Rojas mit ihren Mitkämpferinnen, denn: «Die Summe aller unserer Ängste wird zu einer Kraft, zu einem Mechanismus des Überlebens und der Verteidigung.» Hat sie einen Traum? «Meine Vision entspricht derjenigen von OFP: Auch dieser Krieg wird eines Tages zu Ende gehen. Wenn wir auch diesen Tag ohne militärischen und sozialen Krieg – ohne Hunger und Mangel an Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit – nicht mehr erleben sollten, so haben doch unsere Kinder eine Chance, ihn zu erleben...».

Aline Audrey

Originalartikel erschien am 8.12.04 in
24heures



Foto: PBI/Schweiz

Jackeline Rojas, Mitglied der Frauenrechtsorganisation OFP: «Die Summe aller unserer Ängste wird zu einer Kraft, zu einem Mechanismus des Überlebens und der Verteidigung.»

Schrumpfender Handlungsspielraum für Nepals Zivilbevölkerung

Auf seiner Reise durch Europa und Brasilien will der nepalesische Friedensaktivist Dinesh Prasain die internationale Öffentlichkeit für die Menschenrechtslage in seinem Land sensibilisieren. Die Zivilbevölkerung wird sowohl von Regierungs- als auch von Maoistenseite bedroht. Angst ist Alltagsrealität und lähmt die Demokratiebewegung. Prasain fordert zu vermehrtem internationalem Druck gegen die Konfliktparteien auf.

«Tagsüber lebt man einfacher mit der Angst. Falls dir etwas zustösst, gibt es wenigstens ZeugInnen» berichtet der Nepalese Dinesh Prasain. Der Soziologe ist Koordinator des nationalen Friedensnetzwerks COCAP (*Collective Campaign for Peace*). Seit 2002 ist COCAP als NGO anerkannt und vereinigt 30 Mitgliedsorganisationen. Auf einer Reise durch Europa macht Prasain auf Einladung von Swisspeace und DEZA im November 2004 auch in der Schweiz Halt. Nepal soll auf der internationalen Agenda nicht vergessen bleiben: «Tausende von Menschen werden getötet und niemand nimmt es wahr.»

Rekord im «Verschwindenlassen»

Videoaufzeichnungen von COCAP während gewalttätig niedergeschlagenen Demonstrationen für Frieden und Demokratie lassen das Ausmass der Repressionen gegenüber der Zivilbevölkerung erahnen. In keinem Land ist die Zahl von «Verschwundenen» so hoch wie in Nepal - und das seit mehr als zwei Jahren. Über 11'000 Menschen ver-



Foto: PBI-Schweiz

Dinesh Prasain von COCAP äussert sich während eines Schweizaufenthaltes zur Arbeitsweise von PBI: «Sie ist einmalig, riskant und sehr nützlich. Für viele macht sie einen grossen Unterschied.»

loren im internen Konflikt ihr Leben. Die zunehmende Militarisierung des Staates vertrieb Zehntausende in-

tern. Die Verantwortlichen sind sowohl auf der Seite der Armee wie auch bei den Maoisten zu suchen. «Jeden Tag kannst du von irgend jemandem getötet werden» so Prasain. Die Verantwortlichen bleiben straflos.

Neues von Dinesh Prasain

Nach seiner Rückkehr in die Heimat überschlugen sich für Prasain die Ereignisse. Offensichtlich hatte die Europareise sein politisches Profil in gefährlicher Weise erhöht. Gemäss glaubwürdiger Quellen gehört er auf einer schwarzen Liste der königlichen Armee neu zu den fünf ersten Personen, die «weggeschafft werden müssen». In der Folge versteckte sich Prasain nachts, ging aber tagsüber wie gewöhnlich seiner Arbeit nach. Nach Zuspitzung

der Lage floh er jedoch Mitte Dezember mit zwei weiteren COCAP-Mitgliedern und der Hilfe der dänischen Botschaft nach Indien. Er hofft, dort wichtige Kontakte knüpfen zu können und vermeidet gleichzeitig einen grossen politischen Auftritt, um seine Familie und ArbeitskollegInnen in Nepal zu schützen. Weitere Informationen auf: <http://www.insn.org/>

C. Dold

Klima der Angst

In diesem Klima allgegenwärtiger Angst verrichten Menschen wie Dinesh Prasain ihre Arbeit. Die meisten werden dafür nicht bezahlt und sie riskieren ihr Leben. Nach Publikation eines kritischen Berichts durch COCAP schlugen vier Polizeiangehörige Prasain in seinem eigenen Haus zusammen. «Auf der Polizeistation am nächsten Morgen wusste niemand von etwas», erinnert sich Pra-

sain. Er und seine Familie konnten nach diesem Erlebnis monatelang nicht mehr durchschlafen. Zur eigenen Sicherheit wechselte er über längere Zeit jede Nacht den Aufenthaltsort.

Schweizer Engagement

Aufgerüttelt durch die Willkür, die Menschenrechtsverteidigern wie Prasain täglich widerfährt, setzte sich die Schweizer Regierung an der Menschenrechtskommission 2004 in Genf für eine Resolution ein. Sie verpflichtet Nepal, die interne Menschenrechtssituation unter Einbezug der Vereinten Nationen zu überwachen. «Unsere Regierung hat bereits 16 internationale Konventionen unterschrieben» stellt Prasain fest. «Wie soll diese neue Verpflichtung in die Tat umgesetzt werden?» Doch die

PBI goes Nepal

Der internationale Rat von PBI entschied sich im Februar 2005 für die Eröffnung eines Projektes in Nepal. Das fünfköpfige Projektkomitee und weitere PBI-VertreterInnen trafen sich vom 8. bis 12. Februar 2005 in Genf, um die Rahmenbedingungen zu diskutieren. In Zusammenarbeit mit dem europäischen PBI-Büro in Brüssel sind Sicherheits- und Schutztrainings geplant. Weiter sucht das Projektkomitee Freiwillige, die sich für einen Zeitraum von 14 Monaten verpflichten (einjähriger Einsatz in Nepal und zweimonatige Unterstützung der jeweiligen Ländergruppe oder des Projektkomitees). Neben herkömmlichen Schutzbegleitungen sind zusätzliche Massnahmen wie internationale Delegationsreisen nach Nepal, Vortragsreihen und moralische Unterstützung wie Kartenaktionen und Konferenzgespräche mit lokalen AktivistInnen vorgesehen.

Paola Carmagnani,
Europakoordinatorin Indonesienprojekt

Der PBI-Bericht *Nepal Project Assessment Report* kann auf Seite 16 bestellt werden.

Rolle von Geberländern wie etwa Grossbritannien, Kanada, aber auch jene der Schweiz – Nepal ist seit 40 Jahren Schwerpunktland des EDA – erachtet er als wichtig. Die Botschaft der internationalen Gemeinschaft und einzelner Länder an Nepal soll «direkt, sichtbar und unmissverständlich» sein. Unterstützungsgelder müssen laut Prasain an klare Vorgaben geknüpft sein. Als vorrangig bewertet er: «Die Machtübergabe des Königs an das Parlament und der Verzicht der Maoisten auf Gewalt».

Einen besonders wichtigen Stellenwert räumt Prasain den Medien ein. Unerschrockene JournalistInnen forderten nach der Tötung eines Kollegen durch Maoisten eine öffentliche Entschuldigung des Maoistenführers: mit Erfolg. «Auch die internationalen Medien spielen eine wichtige Rolle» unterstreicht Prasain. «Gibt es nicht bald mehr öffentliche Aufmerksamkeit, wird sich der autoritäre Kurs des Königs nur noch verschärfen.»

Mit Terror gegen Terror

Noch gibt es zu viele Mitspieler, die vom Konflikt profitieren. Die USA liefern - neben Indien, Grossbritannien und Belgien - Waffen an Nepal. Der internationale «Krieg gegen den Terror» ist dafür eine willkommene Entschuldigung. Auch im Land selber «muss Terror mit Terror bekämpft werden», so der Königliche Informationsminister. Die Menschenrechtsbewegung verhindert in seinen Augen einen Sieg über die Maoisten. Der König versichert zwar seine Unterstützung für die Demokratiebewegung, doch will er auf seine Machtposition keinesfalls verzichten und sabotiert so den Verhandlungstisch. Immer wieder betont Prasain, man dürfe die geschichtlichen Wurzeln der aktuellen Zustände bei deren Bewertung nicht ausser Acht lassen: Seit 225 Jahren sind die Minderheiten im Land Opfer sozialer und politischer Unterdrückung. Die Position zwischen Maoisten und Regierung – «zwischen einem Fels und einer harten Fläche»* - lässt den Handlungsspielraum der Zivilbevölkerung immer

mehr schrumpfen.

PBI macht einen Unterschied

Prasain hatte bereits Gelegenheit, verschiedene PBI-Mitglieder kennen zu lernen und hofft auf die Eröffnung eines Projekts. Die Maoisten wie auch die Regierung ordnen Zivilpersonen oft willkürlich dem gegnerischen Lager zu und gehen mit Gewalt gegen sie vor. «Die Einsätze von PBI müssten den schnell ändernden Bedingungen flexibel angepasst werden können», so Prasain. Je nachdem seien ganze Menschenrechtsgruppen, einzelne Zeuginnen in Rechtsprozessen oder Zivilpersonen primäre Opfer von Bedrohungen und Übergriffen. «Euer Einsatz ist einmalig, riskant und sehr hilfreich. Für viele macht er einen grossen Unterschied.»

Christa Dold

* Im Oktober 2004 erschien bei Human Rights Watch ein Bericht zur aktuellen Menschenrechtssituation in Nepal: „Between a Rock and a Hard Place: Civilians Struggle to Survive in Nepal's Civil War“. Download: hrw.org/reports/2004/nepal1004/

Weitere Berichte:
FAST von Swisspeace:
swisspeace.org/fast/asia_nepal.htm

Retraite 2004: Der richtige Köder Von Zielgruppen und Nutzenkonzepten

Gustaf hatte noch nie zuvor gefischt. Der liebenswürdige Verkäufer hatte Gustaf beim Einkauf der Ausrüstung mit viel Sachverstand beraten. Nun fehlten nur noch die Köder. Eine kleine Geschichte darüber, was PBI an der Retraite 2004 über das Fischen gelernt hat.

Gustaf: «Welchen Köder soll ich benutzen?»

Verkäufer: «Das hängt davon ab, was sie fischen wollen.»

Gustaf deutete auf zwei frische Erdbeertörtchen, die auf dem Ladentisch lagen: «Die sehen gut aus. Sind das Köder?»

Verkäufer lachend: «Nein, das ist mein Mittagessen.»

Gustaf: «Die Fische mögen aber Erdbeertörtchen vielleicht auch.»

Der Verkäufer schüttelte den Kopf:

«Fische mögen Maden, Regenwürmer, und wenn es Forellen sind auch Mücken oder Fliegen.»

Gustaf schüttelte sich: «Grässlich!»
Verkäufer: «Massgebend ist nicht, was wir gerne mögen. Wir mögen Erdbeertörtchen, die Fische mögen Maden und Würmer. Wenn wir erfolgreich fischen wollen, müssen wir die Köder nehmen, die die Fische lieben und nicht, was wir gerne essen. Wir richten uns nach den Fischen. Und die Fische sind wie wir.

Sie haben auch unterschiedliche Geschmäcker.»

Gustaf: «Dann muss ich wissen, mit welchen Ködern ich welche Fische fangen will.» Und er rüstete sich mit entsprechender Fachliteratur aus. Bereits nach der ersten Saison war er ein erfolgreicher Fischer und fischt auch heute noch: mit grossem Erfolg.

Die Moral der Geschichte? Wie Gustaf will PBI Fische - SpenderInnen – fangen und braucht dazu entsprechende Köder, Argumente also. Was gilt es zu beachten? SpenderInnen und Neumitglieder versprechen sich von ihrem Engagement einen Nutzen. Dieser ist von Person zu Person verschieden. Der eine will sich profilieren, die andere das schlechte Gewissen beruhigen und ein Dritter seine Abenteuerlust stillen. In jedem Fall müssen wir mit unserer Argumentation zu Gunsten einer Spende oder einer Mitgliedschaft auf die Nutzenkonzepte – eine Vorstellung von den Vorteilen, die eine Leistung oder ein Produkt den VerwenderInnen bringt – unserer GesprächspartnerInnen eingehen. Der Appell an ihr weiches Herz oder soziales Engagement genügt nicht mehr. Die Leistungen von PBI mit den Bedürfnissen unserer Zielgruppen in Übereinstimmung bringen, das ist Marketing. Eine langfristige Marketingstrategie unter Berücksichtigung einer wirkungsvollen Betreuung ihrer Zielgruppen wird für den zukünftigen Erfolg von PBI entscheidend sein.

Franz Kohler,

Marketing-Trainer / C. Dold

Friedenstauben für Menschenrechte

PBI-Freiwillige brauchen viele Talente. Ausdauer, Offenheit, kreatives Back- und Verkaufstalent waren von der Regionalgruppe Bern gefragt, als sie ihre Aktionsidee zum 10. Dezember – geboren an einer sommerlichen Sitzung – in die Tat umsetzen wollte. Eine Standaktion à la PBI: Zopftauben für den Frieden wurden gebacken und verkauft. In Bern entzündet, sprang der Funke über nach Zürich. Mit Ofenhitze gebacken, wurden die Tauben in winterlicher Kälte vor der Heiliggeistkirche verkauft. «PBI nicht *Amnesty International*», erklärte man den PassantInnen, die mit gratis Postkarten angelockt wurden. Gute Gespräche beflügelten Verkaufende und KundInnen. Im Schein von Windlichtern und zeitweiliger Unterstützung aus dem Fribourger-Büro verkauften die Eifrigen gegen 18 Uhr die letzte Taube und brachten auch noch einige farbige Schreibkarten an die Frau. Am Abend blieben Erinnerungen an interessante Begegnungen, leere



Foto: PBI-Schweiz

Die Regionalgruppe Bern-Fribourg engagiert sich am 10. Dez., Internationaler Tag der Menschenrechte, mit selbstgebackenen Zopftauben für den Frieden.

Körbe, eine volle Kasse, kalte Füsse und ein guter Vorsatz für den nächsten 10. Dezember.

Für die Regionalgruppe Bern-Freiburg:

Margret Powell-Joss,

Thomas Meier / C. Dold

PBI zu Gast beim Politforum Schweiz-Kolumbien

PBI war an ein illustres Politforum zum Thema «Friedenspolitik und Menschenrechte in Kolumbien» eingeladen. Die am 23. November 2004 im Käfigturm von Bern tagende Gesprächsrunde setzte sich aus diversen namhaften EntscheidungsträgerInnen aus dem Wirkungskreis des Konfliktes zusammen und zog dementsprechend viele ZuhörerInnen an.

Organisiert wurde der Anlass durch die kolumbianische Botschaft in Bern, die kolumbianische Mission in Genf und die Politische Abteilung IV des EDA. Die kolumbianische Botschaft demonstrierte einmal mehr ihren Willen, das geladene Publikum über die Fortschritte in Kolumbien unter der Regierung Uribe aufzuklären. Die offizielle Schweiz wiederum fungierte bereits bei den Friedensverhandlungen zwischen der abgelösten Regierung Pastrana und den FARC als eines der zehn Beobachterländer und möchte auch unter der aktuellen Regierung Uribe wiederum als Vermittlerin wirken. Für Sie, liebe LeserInnen, haben wir in der Folge einige Stimmen festgehalten.

Auszüge einiger Aussagen und Meinungen

Dr. Hoyos, Präsidentschaftsberater für

Sozialpolitik, und sein Kollege Carlos Francos, Chef von Präsident Uribes Menschenrechtsprogramm:

Aussage: «...Keine kolumbianische Regierung hatte je die Kontrolle über das gesamte kolumbianische Territorium. Folgen sind weisse Flecken, in denen Straflosigkeit, Verbrechen und Terror herrschen. Ziel unserer Politik der demokratischen Sicherheit ist die Wiederherstellung von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ganz Kolumbien. Alle Formen von Terrorismus müssen entschieden bekämpft werden. Für den Kampf gegen den Terrorismus brauchen wir einen starken und effizienten Staat. Unsere drei Hauptziele sind: 1) Bekämpfung des Drogenhandels inklusive AUC (Paramilitärs), FARC und ELN (Guerillas), 2) Wiederherstellung des Rechtsstaates in ganz

Kolumbien, 3) Zugang zu grundlegenden Gesundheits- und Sozialdiensten für jedermann. Wir starten nun mal auf tiefem Niveau. Wenn die Anzahl der Morde in zwei Jahren Regierung Uribe von 30'000 auf 20'000 pro Jahr sinkt, dann sind das zwar immer noch traurige Höhen, aber die Verbesserung ist schlicht spektakulär....»

Padre Darío, Mitglied der nationalen kirchlichen Kommission für Versöhnung, hat sich in Verhandlungen mit der Guerilla in Entführungsfällen als konsequent von der

Regierung unabhängiger Vermittler einen Namen gemacht:

Aussage: «...Wir sind frustriert über die nicht vorankommenden Entwaffnungen der Paramilitärs und die nicht stattfindende Demilitarisierung. Im Prinzip wollen alle Akteure den Frieden. Allerdings liegen die Vorstellungen, wie dieser Frieden aussehen soll, weit auseinander....»

Ana Teresa Bernal, Direktorin RE-DEPAZ (NGO-Netzwerk für Friedensinitiativen, welches mit der Regierung Uribe kooperiert):

Aussage: «...Wir stützten uns strikt auf Verfassungsrechte. Im Jahre 1997 konnten wir 10 Mio. Menschen dafür gewinnen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sich die Unterzeichnenden verpflichteten, aktiv auf eine friedliche Konfliktlösung hinzuarbeiten. Leider sind die Gespräche mit FARC und ELN heute an einem toten Punkt angelangt, während die AUC mit Samthandschuhen angefasst werden. Uribe lehnt es ab, von einem «internen Konflikt» zu sprechen und betont, er führe einen Kampf gegen den Terrorismus. Dabei sträubt er sich gegen jedwelche Differenzierungen....»

Im privaten Gespräch versichert uns Ana Teresa, dass die anwesenden Regierungsvertreter sich moderater ausdrücken, als dies Uribe selbst tun würde. Standard sei in Kolumbien der Satz: «In Kolumbien gibt es keinen bewaffneten Konflikt, sondern ein Terrorismusproblem.» Zudem würden sich RegierungsvertreterInnen in Kolumbien kaum je dazu durchringen können, an einem offenen Gesprächsforum mit NGO-VertreterInnen Teil zu nehmen.

Herr Vivanco, Director *División Américas Human Rights Watch*:

Aussage: «...Uns ist völlig klar,

SCI www.scich.org
Service Civil International

Ein Date mit der Welt - Sozial- und Friedenseinsätze

Workcamps - weltweit
 Europa, Japan, Kanada, Australien, USA und weitere Regionen

Einblicke in andere Kulturen
 Während 2-4 Wochen lebst und arbeitest du mit internationalen und lokalen Freiwilligen in einem gemeinnützigen Projekt – du lernst dabei Kultur, Politik und Gesellschaft eines Landes von einer wenig zugänglichen Seite kennen.

Gemeinsam leben, arbeiten, feiern...
 Dein Mitdenken, Mitgestalten und deine Neugier auf andere Lebensstile und unkonventionelle Begegnungen tragen wesentlich zum Gelingen des Projektes bei.

Das Programm 2005
 mit rund 800 Einsatzmöglichkeiten erscheint Mitte April als Broschüre und im Internet (www.scich.org). Es ist bestellbar bei:

SCI, Monbijoustr.32, Postfach 7855, 3001 Bern
scich@access.ch, 031 381 46 20

dass die kolumbianische Regierung ausländische Militärhilfe braucht um die verfassungsfeindlichen bewaffneten Gruppierungen zu bekämpfen. Was wir kritisieren ist, dass seitens der Geldgeber keinerlei Kontrolle besteht, wohin das Geld fliesst. Die Geldgeber – im Klartext die Administration Bush – stellen Uribe einfach einen Blankoscheck aus. Weiter stellen wir fest, dass die Kampagne der Regierung zur Stigmatisierung von FARC und ELN weitgehend gescheitert ist, da sie die Paramilitärs inkonsequenterweise schont. Die AUC florieren dank der Komplizenschaft des Staates. Die viel beschworene Demobilisierung findet schlicht nicht statt...»

Fazit

Vermutlich scheint schon die Idee, von Politforen ein greifbares Resultat zu erwarten, als jenseits des Erreichbaren zu liegen. Im konkreten Fall wurde für die geschundene Erde Kolumbiens viel Herzblut vergossen. Gleichzeitig aber bewegten sich die Positionen keinen Zoll auf einander zu. So wurde bei missliebigen Voten auf allen Seiten energisch der Kopf geschüttelt, vernehmlich gemurrt oder nur bitter gelacht. Die Schweizer NGOs zeigten sich speziell unzufrieden, weil sie nur mit der Rolle der Zuschauer bedacht waren und sich somit nur mit sporadischen Protestvoten bemerkbar machen konnten. PBI hielt sich

mit Kritik zurück, da wir mehr als andere NGOs auf die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Akteuren aus Regierungskreisen angewiesen sind und uns deshalb strikte Nichtparteinahme auferlegen. PBI begrüsst aber ausdrücklich die Dialogbereitschaft der kolumbianischen Regierung, die sich zwei Wochen später in einem längeren Treffen mit der kolumbianischen Aussenministerin Caroline Barca erneut manifestierte.

Christian Etzensperger
Zivildienstleistender PBI Schweiz

Weiterbildung in Genf : Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und intern Vertriebenen

Am 4. / 5. Februar trafen sich PBI-VertreterInnen verschiedener Landesgruppen und Projektkomitees mit Mitarbeitenden zweier Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretariats für Menschenrechte in Genf. Die Versammlung zielte auf die Entwicklung von Strategien für politische Interventionen zu Gunsten von MenschenrechtsverteidigerInnen und Intern Vertriebenen ab.

Chloe Baszanger, Mitarbeiterin der UN-Sonderbeauftragten für MenschenrechtsverteidigerInnen Hina Jilani, erklärte die strategischen Massnahmen zum Schutz der Betroffenen. Sie betonte die Wichtigkeit einer umgehenden Reaktion auf entsprechende Menschenrechtsverletzungen. Die Kommission veröffentlicht jeweils einen ausführlichen Jahresbericht zum Thema.

David Fischer, Mitarbeiter des UN-Sonderbeauftragten für Intern Vertriebene Walter Kälin, führte die komplexe Problematik dieser Gruppen aus. Intern Vertriebene sind nicht durch internationale Mechanismen für Flüchtlinge geschützt, da sie keine Landesgrenzen überschreiten haben. Infolge von Konflikten und Naturkatastrophen gibt es rund 40 Mio. Vertriebene. Dazu kommen 100 Mio. die aufgrund von Wirtschafts- und Infrastrukturprojekten

ihren Wohnort verlassen mussten. Intern Vertriebene haben nur beschränkten Zugang zu den Grundrechten, die ihre Herkunftsländer für ihre BürgerInnen vorsehen, sie sind nicht durch das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge geschützt und ihre Lebensbedingungen sind oft schwieriger als jene von Flüchtlingen. Häufig weigern sich die Herkunftsländer, die Situation der Intern Vertriebenen offiziell zu regeln. Sie halten diese willkürlich fest oder schieben sie in Flüchtlingslager ab.

Die Thematik besitzt grosse Aktualität für PBI: die Bedrohungen von MenschenrechtsverteidigerInnen und die Situation der intern Vertriebenen (rund 3,4 Mio. Vertriebene in Kolumbien) in den Projektländern sind schwerwiegend. PBI will auf politischem Niveau reagieren und sich dabei auf die Zusammenarbeit

zwischen den europäischen Büros, den Ländergruppen, weiteren NGOs und den internationalen Organisationen konzentrieren, um so die Sicherheit der Vertriebenen und der MenschenrechtsverteidigerInnen zu verbessern. Die Landesgruppe Schweiz will ihre Kommunikationsstrategie ausbauen und gezielt mit Medienkontakten arbeiten. Weiter soll das Alarm- und Unterstützungsnetz weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit mit dem EDA intensiviert werden, um die Sicherheit der Betroffenen in den Projektländern zu erhöhen.

Alexandre Gattiker

Ein Kommen und Gehen: Frühling 2005



Anouk Henry

Kolumbien → CH

Abreise: Bei PBI ist das Abreisen fast schon ein Ritual. Am Ende des Monats wiederholt sich Winken vor dem Haus, bevor das gelbe Taxi an der Hausecke in Richtung Flughafen abbiegt. Anfänglich sieht man Freiwillige weinen, die man erst kurz gekannt hat. Man versteht die Tiefe ihrer Erfahrungen, die zu einem Ende kommen, nicht. Man kann sich nicht vorstellen, welche Menschen sie hinter sich lassen. Menschen mit unermesslichem Mut, mit Utopien, in einem Land mit unerträglicher Apathie. Sie verlassen das Land mit dem Eindruck, an einem Projekt mitgearbeitet zu haben, das sich lohnt.

Mit dem Abschied folgt die Leere und die Beklommenheit angesichts der Verantwortungen, welche auf die Zurückgebliebenen zukommen.

Und: die Abreisenden sind KameradInnen, FreundInnen, mit denen man Eindrücke einer Welt geteilt hat, die für Aussenstehende schwer zu erklären ist. Auf der Türschwelle tröstet man sie, sagt ihnen, dass das Leben in Europa doch auch seine guten Seiten hat, dass die Zeit mit PBI nicht ewig dauern kann und dass

man sie nicht vergessen werde. In diesem Moment denkt man, dass der Abschied nur die anderen trifft.



Katharina Gfeller

CH → Indonesien

Bald ist es soweit. Noch sieben Tage bis zum Abflug. Ich bin in einem freudig angespannten Gemütszustand und fühle mich wie in einer Übergangsphase – nicht mehr ganz hier und auch noch nicht dort. Auf den Tag meiner Abreise, wo sich die Emotionen überschlagen und das Abschiednehmen unausweichlich wird, freue ich mich nicht besonders. Aber in Yogyakarta, wo sich die Sprachschule befindet, werden mich andere, aus dem Training lieb gewonnene PBI-Freiwillige begrüßen.

Die Flutwelle hat Indonesien eine unglaubliche Medienpräsenz beschert, und nun wissen alle, wo Aceh liegt, und dass es dort einen Konflikt gibt. An meiner Abreise hat die Flutwelle nichts geändert, aber sie hat uns wieder einmal vor Augen geführt, wie breit gefächert das Feld der internationalen Zusammenarbeit sein kann und wie kurzlebig die mediale Aufmerksamkeit ist.

Das Interesse an gesellschaftspolitischen Zusammenhängen und die Neugierde für Unbekanntes und Ungewohntes haben meine Studienwahl beeinflusst. Nach dem Abschluss meines Studiums in Geografie und Ethnologie ist der Zeitpunkt ideal, für längere Zeit ins Ausland zu reisen und den persönlichen und beruflichen Erfahrungsschatz zu erweitern. Mit PBI habe ich eine Organisation gefunden, die in Regionen und mit Menschen arbeitet, die oftmals von der Weltöffentlichkeit vergessen werden. Den Einsatz mit PBI finde ich sinnvoll. Und es bietet mir die Gelegenheit, einen kleinen Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit zu leisten.



Markus Bettler

CH → Kolumbien

Seit ich vor einem Jahr meine Ausbildung zum Sozialarbeiter/Sozialpädagogen abgeschlossen habe, bin ich daran, mich auf meinen Kolumbien-Einsatz vorzubereiten. Nach intensivem Studium der Sprache und der Hintergründe des kolumbianischen Konflikts ist es endlich soweit: Ich kann für ein Jahr ins Team Urabá, wie ich mir das gewünscht hatte. Vor 12 Jahren war ich schon einmal in Kolumbien und freue mich nun auf ein Wiedersehen. An der Arbeit von PBI gefällt mir vor allem, dass wir keine Entwicklungshilfe im engeren Sinn leisten, sondern durch unsere Schutzbegleitung Raum schaffen, damit KolumbianerInnen selber ihr Land und ihre Gesellschaft voranbringen können. Ich freue mich darauf, diese mutigen VerteidigerInnen der Menschenrechte kennen zu lernen. Als grosse Herausforderung sehe ich einerseits die psychische Belastung an einem so konfliktreichen Ort und andererseits die Konsensfindung im Team und das enge Zusammenleben.



Besuch aus Aceh

7. April 2005, 18.00 Uhr

Bei Amnesty International

Erlachstr. 16b, Bern im Dachstock

Die Indonesierin Elvida aus Aceh ist Direktorin der Frauenrechtsorganisation Flower Aceh. Anlässlich ihres Besuches bei PBI Schweiz laden wir alle Mitglieder und Interessierten ein, die engagierte Frau kennen zu lernen. Nach dem Tsunami konzentriert sich Flower Aceh auf Menschenrechtsbeobachtung in den Lagern, die für intern Vertriebene eingerichtet wurden. Weiter wird es an folgendem Anlass Gelegenheit geben, mehr über die Arbeit von PBI in Indonesien zu erfahren.

Agenda

PBI-Training Schweiz

– **8. – 10. April 2005**

Jugendherberge Solothurn
(Teilnahme CHF 190.-)

Regionalgruppen

– **Bern-Freiburg:**

21.04.05 / 23.05.05,
Kontakt: Margret Powell
mpowelljoss@swissonline.ch

– **Luzern:** 15.03.05 / 12.04.05 /

10.05.05, Kontakt: Barbara Lenzin
b.lenzin@econophone.ch

– **Zürich:** 5.04.05 / 13.06.05,

Kontakt: Maria Fried
marai@freesurf.ch

Events

– **4. April 2005, 18.00 h**, Vertreterin einer Frauenrechtsorganisation aus Aceh besucht PBI und berichtet, Amnesty International, Erlachstr. 16b, Bern.

– **19./20. April 2005**, 2. Internat.

Menschenrechtsforum
"Menschenrechte und Wirtschaft," KKL Luzern, Anmeldung: ihrf@unilu.ch www.humanrightsforum.ch".

– **30. April 2005, 13.30-17.00 h**, GV

PBI, öffentl. Teil:
Friedensförderung und Menschenrechte auf dem Dach der Welt mit ExpertInnen zu NEPAL, «Haus der Begegnung», Bern. Persönliche Einladung folgt.

– **18. Mai 2005, 10.30-17.30 h**,

Kontaktmesse «NGOs meet students – Perspektiven in der Entwicklungszusammenarbeit», Uni Zürich, www.kfe.unizh.ch

– **3. Sept. 2005**, Finissage zur Fo-

towanderausstellung «Memoria – der vergessene Krieg in Kolumbien» der ASK. Standaktion Regionalgruppe BE-FR auf Waisenhausplatz, Bern (16.00-20.00 h)

Weitere Events werden fortlaufend auf der Website publiziert:

www.peacebrigades.ch

Hochzeitsglocken bei PBI

Unsere ehemalige Freiwillige vom Indonesienprojekt *Anna Escher* und *Robert Thompson*, der Trainer desselben Projekts, haben im Januar geheiratet.

Und wo haben sie sich kennen gelernt? Man höre und staune: beim Training für das Indonesienprojekt!



Ebenfalls geheiratet haben *Philippe Beck*, der ehemalige langjährige Koordinator des Westschweizer PBI-Büros, das früher seinen Sitz in Lausanne hatte und *Laurence Dupraz* (September 2004). Auch Laurence kann auf eine lange Geschichte als PBI-Mitglied und Aktivistin zurück blicken.

Statt Hochzeitsgeschenke haben sich beide Paare Spenden für PBI gewünscht. Auf diesem Weg durften wir rund 5'000 CHF entgegen nehmen. Wir danken ganz herzlich!

Auf dem gemeinsamen Weg wünscht euch PBI Schweiz nur das Beste!

Mobilitätspartner für PBI Einsätze

GLOBETROTTER
TRAVEL SERVICE

Globetrotter Travel Services AG, Groups and Commercial
gc@globetrotter.ch, 031 313 00 13

Spendenkonto

Peace Brigades International-CH
PCK: 80-20957-8



Antwort-Talon

- Ich interessiere mich für das Einführungsweekend vom 8. bis 10. April 2005 in Zofingen.
- Ich will Mitglied von PBI Schweiz werden (Einzelmitglied CHF 60.-/Jahr; reduziert: CHF 30.-; kollektiv CHF 120.-)

Ich würde gerne für PBI aktiv werden. Rufen sie mich an!

Ich wünsche die PBI-Informationen zukünftig in
 Deutsch Französisch zu erhalten

Ich bestelle:

- Das Buch der ASFADDES *Colombia, veinte años de historia y lucha* (spanisch, CHF 10.-)
- Spezialausgabe des Enfoque Colombiano zum 10-jährigen Jubiläum (englisch, CHF 5.-)
- Nepal Project Assessment Report (englisch, CHF 5.-)

Name Vorname

Strasse PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

PBI Schweiz, Postfach 245, 1705 Fribourg • Fax 026 422 26 03 • info@peacebrigades.ch